

## **Haushaltsrede von Michael Schlepper zur Einbringung von Nachtrag 2011 und Haushalt 2012 in der Sitzung der Gemeindevertretung am 05.10.2011**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

als ich vor dem Diktat meiner Haushaltsrede am Freitag in der Mittagspause die Lokalausgabe der FAZ gelesen habe, sind mir mehrere Meldungen aufgefallen, die sich mit der landauf-, landab abzeichnenden weiterhin sehr schwierigen Situation in den Hessischen Kommunen auseinandersetzen.

Über Hanau wurde z.B. berichtet, dass Stadtkämmerer Kaminski alle freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand geschickt hat, nachdem er festgestellt hat, daß sich bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes ein Defizit von 70 bzw. 80 Millionen Euro abgezeichnet. Jetzt sollen sämtliche städtischen Ämter ihre Budgetansätze zurückfahren.

Als „Erfolg“ wird verkauft, dass sich das Plandefizit von 82 Mio. Euro in 2010 auf 23 Mio. Euro verringert habe.

Ähnliche „Erfolgsmeldungen“ hören wir auch von anderen Kommunen z.B. auch vom Rheingau-Taunus-Kreis, der jetzt „nur noch“ ein Defizit von 36 Millionen Euro im ersten Nachtrag 2011 ausweist.

Solche „Erfolgsmeldungen“ können wir auch liefern. Wir haben es in den vergangenen Jahren immer geschafft, durch strengste Ausgabendisziplin und verschieben von Maßnahmen die Haushaltsansätze und geplanten Defizite zu unterschreiten.

In den Jahren 2006 bis 2008, dem letzten kameralen Jahr, d.h. innerhalb von drei Jahren erwirtschafteten wir einen Gesamtfehlbetrag im Verwaltungshaushalt von 4 Millionen 65 Tausend Euro, der als Kreditverbindlichkeiten in der kürzlich festgestellten Bilanz wieder auftaucht.

Der Fehlbetrag betrug im Jahr 2008 lediglich 1,2 Millionen Euro. In den Jahren 2009 und 2010, den beiden ersten doppeljährigen Jahren waren die Jahresergebnisse wesentlich schlechter, aber signifikant besser als geplant. Vorläufigen Haushaltsberichten zu Folge schloss das Jahr 2009 mit einem Verlust von 2,8 Millionen Euro, das Jahr 2010 mit einem Verlust von 2,2 Millionen Euro ab. Wesentlicher Grund für diese höheren Defizite waren die mit der Doppik einzuarbeitenden Abschreibungen.

Nach Aufstellung durch den Gemeindevorstand am 15.08.2011 wird der heute eingebrachte I. Nachtrag 2011 im **ordentlichen** Ergebnis mit einem Fehlbetrag von rund 3,65 Mio. EUR schließen. Gegenüber dem Planansatz 2011 mit rund 3,39 Mio. EUR Fehlbetrag stellt dies eine Verschlechterung von rund 260 TSD EUR im „operativen Geschäft“ dar.

Die Verschlechterung begründet sich, trotz sich verbesserter Annahme in Punkto Zinslast, wie folgt:

1. Wird die Ertragsseite saldiert, rechnen wir nun mit einem Minderertrag in Höhe von  
rund 18,5 TSD EUR. Trotz gestiegener Steuereinnahmen ist dies durch die Auswirkungen unserer Bilanzerstellung geschuldet. Insbesondere haben sich die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen und – Zuschüssen von 236.000.- auf 396.000.- € erhöht.

## 2. Mehraufwendungen wurden insbesondere für folgende Positionen in Ansatz

gebracht:

- Sanierung der Brücke im Ortsteil Obergladbach für 186 TSD EUR

Diese Position war aber bereits im Haushalt 2010 veranschlagt, verbessert also insoweit das Jahresergebnis 2010.

- Einführung der gesplitteten Abwassergebühr 65 TSD EUR

- Bürgerhausbetrieb insbesondere zur Unterhaltung und Sanierung des

Thermal Freibads in Höhe von rund 75 TSD EUR. Hier gehen wir davon aus, dass teilweise die Aufwendungen für die zu erneuernde Stützmauer im Wege der Mängelgewährleistung geltend gemacht werden können. Eine Einnahmeposition ist aber nach dem Vorsichtsprinzip vorläufig nicht aufgenommen.

- Mehrbedarf für Kreis und Schulumlage in Höhe von 132 TSD EUR. Dies rührt u.a. von der erhöhten Kreisumlage bis zur höchst zulässigen gesetzlichen Grenze. (Hier wird bekanntlich diskutiert, diese Grenze aufzuweichen) und durch Änderungen im kommunalen Finanzausgleich.

Finden einmalige Erträge aus dem Verkauf von Anlagevermögen in Form von Immobilienveräußerung (Schlossremise u. Obergasse) Berücksichtigung, so wird das Jahresergebnis 2011 gegenüber dem Planansatz von 3,399 Mio. EUR um rund

eintausend EUR auf rund 3.398 reduziert, also gleich bleiben.

Fazit: Mit dem Verkauf von „Tafelsilber“, welches der Gemeinde Schlangenbad so gut wie nicht mehr zur Verfügung steht, und einem weiterhin äußerst günstigem Preis für Liquidität wurden die Mehraufwendungen im Verwaltungsergebnis von rund 400 TSD EUR abgedeckt.

Den Mehrausgaben stehen teilweise, insbesondere für die Maßnahme Brücke Obergladbach, Einsparungen im Vorjahr gegenüber.

Die investiven Ansätze wurden im I. Nachtrag 2011 von rund 1,12 Mio. EUR um rund 600 TSD auf rund 520 TSD EUR reduziert. Dies ist insbesondere auf die Streichung der Maßnahme „Erneuerung der Wallufstraße“ zugunsten der U3-Kinderkrippen-Erweiterung und der Streichung der Ansätze für das Stadtumbauprogramm zurückzuführen.

Für das Stadtumbauprogramm liegen aktuell noch keine konkreten Planungen vor. Das hängt insbesondere damit zusammen, dass wir derzeit in der Sanierungskommission Rathaus intensiv darum ringen, welche Lösung hier die Beste ist und natürlich versuchen wollen, möglichst viel an Stadtbaumitteln für dieses absehbar teure Projekt einsetzen zu können.

Eine positive Beschlussfassung im Hinblick auf die Liquidation des Bürgerhausbetriebs vorausgesetzt, ist dieser im ersten Nachtrag 2012 anders abzubilden. Der Betriebszweig Bürgerhäuser und Mehrzweckhallen wird dann in den gemeindlichen Haushalt integriert.

Ich bin immer noch der Meinung, dass es konsequent wäre, das Thermal Freibad in die Staatsbad Schlangenbad GmbH zu integrieren, da diese ja bereits ohnehin die Geschäftsführung für diesen Betriebszweig wahrnimmt. Ich kann auch nicht erkennen, dass das Thermal Freibad jetzt plötzlich keine Einrichtung mehr des Kurbetriebes sein soll. Allein die Historie spricht dagegen. Das Thermal Freibad war früher Eigentum des Landes Hessen und insoweit auch Bestandteil des damaligen Hessischen Staatsbades. Es wurde dann allerdings in einem ersten Schritt bereits vor der sogenannten Kommunalisierung des Staatsbades nach der

Amtszeit von Herrn Reuther von der Gemeinde übernommen. Es erscheint mit relativ klar, dass auch zum damaligen Zeitpunkt die Diskussion dahin ging, dass man sich kein Freibad, noch dazu ein Thermal Freibad, als Luxus für eine kleine Gemeinde mit gerade mal wenig über 6.000 Einwohnern leisten will, sondern dass man schon damals eine Notwendigkeit sah, dieses Bad auch für den Fortbestand des Heilkurortes zu sichern.

Die Geschäftsführerin der Staatsbad Schlangenbad GmbH hat einen Wirtschaftsplan mit einem Defizit von über 280.000 Euro eingebracht. Für die nächsten Jahre sind Defizite in Höhe von 250.000 Euro bis 260.000 Euro geplant. Das Jahresergebnis 2010 lag bei einem Fehlbetrag von 212.985,48 Euro.

Damit wird klar, dass die noch vorhandenen 900.000 Euro schnell verbraucht sein werden. Dann tritt der Fall ein, dass die Gemeinde die GmbH durch einen unmittelbaren Zuschuss finanzieren muss.

Meines Erachtens spielt es keine Rolle, ob die GmbH ein oder zwei Jahre früher insolvent wird, wenn kein Zuschuss der Gemeinde gezahlt wird, weil das Thermal Freibad jetzt auch in der GmbH zu führen ist. Entscheidender Gesichtspunkt ist, dass dann der Zuschussbetrag der Gemeinde an die GmbH um den jetzt bereits gezahlten Zuschuss an den Bürgerhausbetrieb Betriebszweig Thermal Freibad zu erhöhen ist.

Ich sage nochmals, meine Damen und Herren, was ich bereits in meinen vorhergehenden Haushaltsreden immer wieder deutlich und klar formuliert habe, die Aufrechterhaltung unseres Heilkurortes ist nur durch die Finanzierung der derzeitigen Aktivitäten der Staatsbad Schlangenbad GmbH, der Unterhaltung des

denkmalgeschützten Kurparks und der Unterhaltung von Sauna und Freibad, die derzeit im Bürgerhaus geführt werden, sinnvoll. Wir werden die Frage, ob wir all das brauchen, um den Status Heilkurort zu behalten, außerordentlich intensiv im Rahmen der jetzt anstehenden sehr kostenintensiven Beantragung der Neuverleihung des Prädikats „Heilkurort“ mit der zuständigen Behörde erörtern.

Im Übrigen ist der gesamte Bereich mit erheblichen Risiken belastet.

Derzeit diskutieren wir mit dem Ziel, langfristig Energiekosten zu sparen, Investitionskosten in Höhe von ca. 300.000 Euro für erneuerbare Energien, Stichwort: Wärmeversorgung der Äskulaptherme durch Thermalquellen.

Erhebliche Risiken bestehen bei den Bädern durch größere Ausfälle in der Bäder- und Quellentechnik, die nicht vorhersehbar sind. Die Technik ist zum Teil schon sehr alt. Es ist deshalb notwendig, insbesondere bei dem Thermal Freibad, hohe Kosten in die Instandhaltung zu geben. Um diese besser beziffern zu können, halte ich eine detaillierte technische Untersuchung für erforderlich.

Bei der Instandsetzungsposition des Thermal Freibades im Wirtschaftsplan des Bürgerhausbetriebs sind daher 130.000 Euro im Nachtrag gegenüber 60.000 Euro im Plan vorgesehen.

Der Jahresverlust im Betriebszweig Thermal Freibad beträgt 411.000 Euro. Die Hochrechnung 2011 für die GmbH ergibt einen Verlust von 258.712 Euro; das macht zusammen knapp 670.000 Euro nur für diese beiden Bereiche.

Wenn Sie dann noch den Aufwand für den Kurpark hinzurechnen, der ja nicht zu verändern ist, weil der Kurpark

denkmalgeschützt ist und wir als Eigentümer gesetzlich verpflichtet sind, ihn unterhalten zu müssen, kommt man auf einen Betrag von knapp 760.000 Euro nur für dieses Aufgabenfeld Heilkurort.

Im Jahr 2012 ist das durchaus ähnlich. Die entsprechenden Zahlen können Sie in den Plänen nachlesen. Ich will deshalb hier sehr deutlich und klar formulieren: Die sukzessive Übernahme des Hessischen Staatsbades mit den beiden Bädern, den Quellen und dem Kurpark war ein Fehler. Selbst unterstellt, dass optimal gewirtschaftet wird, werden die Fehlbeträge in diesem Bereich weiterhin zu hoch bleiben. Wir können uns dies nicht leisten, auch wenn die Defizite des Staatsbads noch zwei, drei oder auch vier Jahre durch Rücklagen abdeckbar sind.

Wenn Sie den Nachtrag und Haushalt auf freiwillige Leistungen durchforsten, werden Sie feststellen, dass von den ca. 850.000 Euro freiwilligen Leistungen 2012, das sind immerhin 220.000 Euro weniger als in 2010, die mit weitem Abstand größten Positionen die Zuschüsse an die Bürgerhäuser von 231.000 Euro, zum Thermal Freibad von 293.000 Euro und für die Unterhaltung von Grünflächen sind. Im Übrigen sind die sogenannten freiwilligen Leistungen so stark zurückgefahren, dass sie nur noch rudimentär, wenn überhaupt, vorhanden sind. Hier ist kein Gestaltungsraum übrig.

Zum Thema freiwillige Leistungen vertrete ich allerdings die Auffassung, dass der Kurpark **keine** freiwillige Leistung ist, da er eben denkmalgeschützt ist und wir nach dem hessischen Denkmalschutzgesetz verpflichtet sind, ihn auch zu unterhalten. Von den genannten 856.000 Euro wären daher noch 92.000 Euro abzuziehen, das ergibt freiwillige Leistungen in Höhe von ca. 760.000 Euro. Nach Aufbrauchen der Rücklagen der GmbH liegen wir also bei

einem Betrag von ca. 1 Million Euro sogenannter freiwilliger Leistungen, die eben im Wesentlichen durch die Bäder, den Heilkurort und die Bürgerhäuser bedingt sind. Bei einem Defizit von über 3 Millionen Euro verbleibt, selbst wenn man alles das streichen würde, immer noch ein erhebliches Defizit, das zur Finanzierung sogenannter gesetzlicher Aufgaben, wie Kita's, Brandschutz usw. erforderlich ist.

Wir werden in Folgejahren auch mehr Instandsetzungs- und Unterhaltungsmaßnahmen einstellen müssen. Instandhaltungen kann man nicht unbegrenzt aufschieben, ohne dass später noch höhere Kosten entstehen. Ein schönes Beispiel ist die Georgsschänke in Georgenborn, wo jetzt mit dem anstehenden Pächterwechsel hohe Kosten für unterlassene Instandsetzung entstehen. Die dazu erforderlichen Mittel in Höhe von knapp 187.000.- € sind im Nachtrags - Wirtschaftsplan des Bürgerhausbetriebs enthalten, versehen mit einem Sperrvermerk, aufzuheben durch den HFA.

An investiven Maßnahmen wurden im Haushaltsplan 2012 insbesondere folgende Maßnahmen abgebildet:

1. Die Erweiterung und Ausstattung der Kindertagesstätten zur Betreuung von  
Kindern unter 3 Jahren für rund 180 TSD EUR netto (330.000.- ./.. erhofften 150.000.- Zuwendung aus dem Ausbauprogramm. Dieser Betrag ist nach der vorhergehenden Beschlussfassung noch anzupassen.
2. Der Grundstückstauschvertrag mit dem Rheingau-Taunus-Kreis rund 39 TSD  
EUR, (Die letzte Rate ist 2013 fällig.)
3. Ausstattungsgegenstände der Feuerwehren sowie ein Löschfahrzeug für die Wehr

in Bärstadt und ein 3. Stellplatz für die Wehr in Wambach für zusammen 202,5 TSD EUR,

4. Ausstattungsgegenstände des Bauhofs für 10 TSD EUR und

5. die Herstellung eines Geröllschachts für die Kläranlage im Ortsteil Niedergladbach für 20 TSD EUR

Erträge aus dem Verkauf von Anlagevermögen wurden im 2012er Haushalt nicht veranschlagt. Ich hoffe aber, dass wir nach Umsetzung der absehbaren Breitbandversorgung der Ortsteile Hausen, Ober- und Niedergladbach die dort noch vorhandenen gemeindeeigenen Grundstücke besser vermarkten können.

Zur besseren Übersicht haben wir Ihnen wieder eine Liste der notwendigen investiven Maßnahmen - bekanntlich liegen wir hier nicht weit von den 10 Millionen weg - vorgelegt. Sie haben Gelegenheit, im Rahmen der nicht zulässigen Netto-Neuverschuldung, zu gestalten. Eine Netto – Neuverschuldung ist nach dem Entwurf im investiven Bereich nicht vorgesehen. Wir tilgen hier sogar 78.000.- Euro mehr als investiert werden. Allerdings ist dies nur bedingt positiv zu werten, da unser Hauptproblem die zusehens steigenden Kassenkredite wegen unseren defizitären Haushalten ist. Damit wird die Gesamtverschuldung trotz Abbau der Kommunaldarlehen steigen und das Eigenkapital der Gemeinde nach und nach aufgebraucht. .

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Verwaltung hat fleißig gearbeitet, insbesondere sind wir jetzt mit der geprüften Eröffnungsbilanz bei den Kommunen des Rheingau-Taunus-Kreises vorne dabei. Wir haben die Probleme aus der Vergangenheit mit dem desolaten Kämmereiwesen beendet. Die Umstellung auf die Doppik wird weiterhin, insbesondere in den kameralen Köpfen nicht einfach sein und bedarf eines längeren Prozesses. Aber wir sind hier auf einem sehr guten Weg und dafür möchte ich meinen Mitarbeitern, die dort in großer Anstrengung an dem Projekt beteiligt sind, sehr herzlich danken.

Als wesentliche Elemente spiegelt dieser Haushalt zunächst einmal die weiterhin desolote Finanzsituation in unserer Gemeinde wider. Es gilt das, was ich auch im vergangenen Jahr gesagt habe:

Eiserne Ausgabendisziplin – ohne sich kaputt zu sparen – ist weiter bitter nötig, weil sich an den Rahmenbedingungen nur wenig geändert hat und auch nicht ändern wird. Nach wie vor leben wir klar über unsere Verhältnisse, ausgeglichene Haushalte sind derzeit bei Erträgen von knapp 9,5 Millionen Euro und Aufwendungen von 12 Millionen Euro nicht absehbar.

Phantasievolle Lösungen sind gefragt. Ich hatte vorhin zitiert, was alles so in der Zeitung steht, als ich diese Haushaltsrede diktiert habe. Da steht etwa über Offenbach, dass jeder 5. Offenbacher vom Staat lebt, also Harz IV-Leistungen bezieht und sogar eine Stadt wie Neu Isenburg ein Defizit von mehreren Millionen Euro erwirtschaftet, obwohl dort ein Gewerbesteuerereinnahmerekord von 51 Millionen Euro zu erzielen ist. Diese Meldungen, und Sie können täglich ähnliche in der Zeitung lesen, machen sehr deutlich, dass das ganze System krank ist. Wir werden insbesondere, weil

andere noch größere Probleme haben, ich erinnere nur an unseren Kreis, von übergeordneten Behörden Dank Schuldenbremsen und zunehmenden Soziallasten nichts zu erwarten haben. Auch wenn momentan wieder einmal – alle Jahre wieder – ein neuer Anlauf der Landesregierung unternommen wird, den kommunalen Finanzausgleich in Hessen zu reformieren. Auch das konnten Sie in der Freitagsausgabe der FAZ lesen.

Ziel einer Reform soll sein: mehr Gerechtigkeit, mehr Effektivität, mehr Flexibilität und mehr Transparenz. Der Finanzminister hat festgestellt, dass die Spreizung, d.h. der Abstand zwischen den gutsituierten und den bedürftigen Kommunen in Hessen extrem groß sei. Und der Finanzausgleich, dessen Hauptzweck es ja gerade sei, hier für eine Annäherung zu sorgen, diese Aufgabe bei der jetzigen Form nicht ausreichend erfülle.

Angesichts der Finanznot mancher großer Städte und Landkreise, den Auswirkungen des demographischen Wandels, insbesondere in Nord- und Mittelhessen und den besonderen finanziellen Bedürfnissen von Mittelzentren in ländlichen Gebieten ist nicht zu hoffen, dass auch wir von einem verbesserten Finanzausgleich profitieren werden.

Ich erwarte auch nicht allzu viel von dem Entschuldungsfonds, der letztlich nur alljährlich geringe Entlastung bringt, weil derzeit angedacht ist, die Tilgungsleistungen über mehrere Jahre zu strecken, was letztlich bewirkt, dass sich die Entlastung im jeweiligen Ergebnishaushalt eher gering auswirkt.

Es ist daher vornehmste Aufgabe der Gemeindevertretung, wirklich ernsthaft das derzeitige Leistungsspektrum der Gemeinde in Frage zu stellen.

Ansonsten haben der Bürgermeister, die Mitglieder des Gemeindevorstandes und die Verwaltung selbstverständlich ihre Hausaufgaben zu machen, d.h. permanent Optimierungsmöglichkeiten und Einsparmöglichkeiten auszuloten, um Kosten möglichst im Rahmen zu halten.

Ich glaube, dies ist uns auch ganz gut gelungen. Im Übrigen prüfen wir alles, was geht, insbesondere auch Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit. Ich weise darauf hin, dass dies kein Allheilmittel ist, weil wir natürlich auch immer darauf achten müssen, dass die Leistung auch bei zusätzlichen Effizienzsteigerungen und besseren Vertretungsregelungen nicht teurer wird als vor der interkommunalen Zusammenarbeit. Unsere Verwaltung ist sehr „schlank“ aufgestellt. Interkommunale Zusammenarbeit ist ein mühseliger Prozess und die Hoffnung auf erhebliche Einsparungen ist kritisch zu hinterfragen.

Außerdem ist selbstverständlich von mir beabsichtigt, nach Vorliegen der Jahresabschlüsse 2009 und 2010 einen Antrag auf Ausgleich aus dem Landesausgleichsstock zu stellen.

Die Entscheidung allerdings, ob man bestimmte Aufgaben macht oder lässt, die obliegt der Gemeindevertretung als oberstem Organ dieser Gemeinde. Die Aufgabenstellung ist schwer. Sie verspricht nicht allzu viele Gewinne und sie geht letztlich nur gemeinsam. Ich bitte Sie daher, stellen Sie Ihre parteipolitischen Überlegungen zurück im Hinblick auf das Wohl unserer Gemeinde Schlangenbad.

Wenn diese Aufgabe nicht bewältigt wird, besteht die Befürchtung, dass andere für uns agieren werden. Ich darf in diesem Zusammenhang mitteilen, dass wir im nächsten Jahr wieder an einer vergleichenden Prüfung teilnehmen werden.

Auch wenn die Übernachtungszahlen kontinuierlich wieder gestiegen sind, ist das Potenzial für Wachstum und damit höhere Einnahmen auf Grund unserer spezifischen Situation, insbesondere des Fehlens größerer Erweiterungsflächen, sehr begrenzt.

Wenn wir den Bürgerinnen und Bürgern nicht radikal stärker in die Tasche greifen wollen, was ich im Hinblick auf erhebliche Anteile in unserer Bevölkerung, die finanziell nicht allzu gut da stehen, unter sozialen Gesichtspunkten für hoch problematisch halte, bleibt nur, Aufgaben zu reduzieren. Die Möglichkeiten dazu sind beschränkt.

Wichtig ist, dass die Attraktivität als Wohngemeinde gewahrt bleibt und dass freiwerdende Häuser und Wohnungen weiter attraktiv vermiet- und veräußerbar sind. Daran müssen wir – trotz aller Finanzprobleme arbeiten.

Hier ein herzliches Danke – Schön an die vielen Ehrenamtlichen, die wesentlich dazu beitragen, unsere Ortsteile durch Verschönerungen, Sicherstellung des Brandschutzes, sportliche und kulturelle Angebote und konkrete Instandhaltung unserer Gemeinschaftseinrichtungen attraktiv zu erhalten. Ohne dieses Engagement ginge es nicht und gerade in letzter Zeit gibt es hier eine Fülle an Initiativen und Erfolgen.

Wir haben als Gemeinde einiges umgesetzt. Die Übertragung der Trägerschaft an den ASB hat gut funktioniert. Die Personalausstattung an unseren Kitas ist verbessert. Mitarbeiterinnen der KiTas werden intensiv geschult. Die Themen Schlosstreppe und Außengelände KiTa Bärstadt sind nach jahrelangen Diskussionen endlich zu einem Abschluss gekommen. Wir haben viel Geld in die Straßenerneuerung gesteckt. Die Brücke Obergladbach ist erneuert. Die geprüfte Eröffnungsbilanz steht. Die Einführung

der gesplitteten Abwassergebühr ist weitgehend vorbereitet. Die Forsteinrichtung steht und kommt in die Gemeindevertretung. Das FSC – Zertifikat wird verliehen. Der Kurpark hat an Attraktivität gewonnen. Die Außenterrasse der Äskulaptherme trägt zur Steigerung der Attraktivität bei usw., usw.

Ich hoffe, dass wir auch im kommenden Haushaltsjahr ein Stück vorankommen. Ich nenne als wichtigste Aufgaben: Breitbandversorgung, Planung und Finanzierung der zusätzlichen Krippengruppen, Sanierung Rathaus, Georgsschänke, Ortsmitte und DGH Wambach, konzeptionelles Nachdenken über unsere Bäder und ausloten von Möglichkeiten zur interkommunalen Zusammenarbeit einhergehend mit notwendigen innerorganisatorischen Umstrukturierungen und Verbesserungen. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten.

Ich bedanke mich ausdrücklich für die konstruktive Zusammenarbeit mit den gemeindlichen Gremien, insbesondere, dass wir trotz der Kommunalwahl und neuen Mitgliedern in der Gemeindevertretung ohne große Reibungsverluste zusammen etwas erreichen konnten.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.